

Einbeziehen aller Bevölkerungsgruppen

diese Maßnahmen möglichst bald in Angriff zu nehmen:

- Einbeziehen aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch der Selbständigen, Beamten und Politiker nach dem „Schweizer Modell“. Damit wird der Umbau in ein echtes Solidarsystem bewirkt.

Einbeziehen aller Einkunftsarten

- Einbeziehen aller Einkunftsarten in die Rentenversicherung unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze; damit auch Berücksichtigung der Kapitaleinkünfte, da die Wertschöpfung sich mehr und mehr von der Erwerbsarbeit weg verlagert.

Betriebliche Altersversorgung

- Ausweitung der betrieblichen Altersversorgung.

Kurzfristig wirksame Maßnahmen

Gleichbehandlung der Altersversorgungssysteme Unverfallbarer Anspruch

- Gleiche rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen für alle Altersversorgungssysteme.
- Bei Rechtsänderungen: Festschreiben von bereits nach Recht und Gesetz erworbenen Rentenleistungen als unverfallbaren Anspruch (echtes Rückwirkungsverbot).

Einfluss der Politik zurückdrängen

- Alleiniges Festsetzen des Beitrags- und Rentenbasisbetrags durch die Selbstverwaltungsorgane der Rentenversicherungsträger.

Offenlegen der nicht beitragsgedeckten Leistungen

- Festlegen und ständiges Offenlegen der Anteile von Leistungen, die auf Beiträgen beruhen, und von Anteilen nicht beitragsgedeckter, gesellschaftspolitisch gewollter Leistungen.

Weitere Schriften der ADG:

„Rentenpolitik, Anmerkungen zur geplanten Rentenstrukturreform“

„Frauen in der Rentenversicherung (2)“

„Die Altersvorsorge in der Schweiz“

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Herausgeber:

Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.

Grafinger Platz 5
85560 Ebersberg

Tel. +89/ 46 20 13 63 (AB)

Wir rufen zurück!

Fax +8092/865367

Homepage: <http://www.adg-ev.de>

E-Mail: info@adg-ev.de

Autoren:

Albert Hartl, Otto W. Teufel

Erstatten der nicht beitragsgedeckten Leistungen Schulden des Bundes anerkennen

- Vergüten aller sozialen Leistungen an die Rentenversicherungsträger durch die zuständigen staatlichen Stellen
- Anerkennen der Ansprüche der Rentenversicherungsträger auf Vergütung sozialer Leistungen, die seit 1960 nicht durch Bundeszuschuss gedeckt waren, als zu verzinsende Schuld des Bundes.

Finanzierbarkeit des Konzeptes

Da alle über die heute geplanten Maßnahmen hinausgehenden Änderungen von der Politik mit dem Hinweis abgelehnt werden, nicht finanzierbar zu sein, sind die mittelfristig wirksamen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit besonders wichtig. Erst deren Umsetzung ermöglicht ein dauerhaft stabiles Rentensystem für alle Bürger. Die ADG ist der Meinung, dass die Mittel nicht fehlen, sondern dass sie nicht sachgemäß eingesetzt werden:

Verschwendung bekämpfen

- Laut Bundesrechnungshof verschwenden Bund und Länder jährlich 30 bis 35 Mrd. Euro an Steuergeldern.

Subventionen streichen

- Pro Jahr werden von Bund und Ländern knapp 150 Mrd. Euro an Subventionen ausgegeben. Viele davon sind Erhaltungssubventionen, die in ihrer Wirkung kontraproduktiv sind und die gestrichen oder deutlich gekürzt werden sollten.

Beiträge an die EU neu verhandeln

- Deutschland zahlt in die EU jährlich über 10 Mrd. Euro mehr ein als es zurückerhält. Durch Neuverhandeln der Beiträge sind umfangreiche Einsparungen zu erreichen.

Wenn nur ein Drittel der genannten Summen eingespart würde, wäre die Finanzierung der vorgeschlagenen Änderungen gesichert.



Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.

Vorschläge für eine langfristig wirksame Rentenreform

Diese Schrift richtet sich an alle in der gesetzlichen Rentenversicherung zwangsversicherten Bürgerinnen und Bürger – Beitragszahler und Rentner.

ADG Aktion Demokratische
Gemeinschaft e.V.

Interessen der Versicherten

Ausgangssituation

Ein Arbeitnehmer zahlt im Jahr etwa den Gegenwert eines Kleinwagens in die Rentenversicherung ein. Die Ansprüche daraus werden jedoch immer geringer. In der Diskussion über die Rentenreformen sieht die ADG zur Zeit die Interessen der Versicherten nicht genügend gewahrt. Sie hat die Diskussion deshalb analysiert und dabei besonders auf die Auswirkungen der Reformen auf die Versicherten geachtet.

Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung

Die von einer langfristig angelegten Reform tatsächlich zu lösenden Probleme sind teils sachlicher, teils politischer Natur.

Sachliche Probleme

Die Begründung für viele Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung: Immer weniger Menschen zahlen immer kürzer ein und immer mehr Menschen beziehen immer länger Rente. Damit wird von der Politik die weitere Finanzierbarkeit der Renten in Frage gestellt. Um die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 nicht über 22% vom Bruttolohn steigen zu lassen, wird eine weitere Kürzung der Rentenansprüche mit der Pflicht zur privaten Vorsorge verbunden. Tatsächlich hängt der Beitragssatz jedoch von vielen Faktoren ab, z.B. vom Grad der Beschäftigung.

Langzeitprognosen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Prüft man nach, hat in der Vergangenheit kaum eine Prognose über einen Zeitraum von 30 Jahren auch nur annähernd richtige Voraussagen geliefert.

Die Rentenversicherung hängt nach der jetzigen Gesetzeslage von Veränderungen in der Arbeitswelt ab. In allen Industrienationen sind jedoch eine Abnahme der abhängigen Beschäftigung und eine Verschiebung der Wertschöpfung von der Arbeit auf das Kapital zu beobachten – mit der Folge, dass der Anteil des gesamten Arbeitseinkommens am Bruttoinlandsprodukt sinkt. Dadurch wird der Rentenversicherung in ihrer heutigen Ausgestaltung zunehmend die Basis entzogen.

Demografische Entwicklung

Prognoseunsicherheit

Verlagerung der Wertschöpfung

Vertrauensverlust

Fehlende Rechtssicherheit

Generationengerechtigkeit

Belastung durch Sozialleistungen

Zweckentfremdung von Mitteln

Fehlende Transparenz

Umverteilung von unten nach oben

Politische Probleme

Die Politik hat durch ständige Reformen mit einer fortschreitenden Verschlechterung der Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu deren Problemen beigetragen. Arbeitnehmer müssen kraft Gesetzes einen langfristigen Versicherungsvertrag hinnehmen, dessen Bedingungen regelmäßig - auch rückwirkend - geändert werden, vorwiegend einseitig zu Lasten der Versicherten.

Auch die jüngere Generation muss davon ausgehen, dass heutige Versprechungen der Politik genauso wenig eingehalten werden, wie die Zusagen der Vergangenheit. Das Schlagwort der Generationengerechtigkeit - gerechte Verteilung der Belastung im Rentensystem auf Beitragszahler und Rentner - lenkt vom Verlust der Rechtssicherheit für alle Generationen ab. Zur Generationengerechtigkeit gehört eben auch, dass die Versprechen an die junge Generation für diese auch im Alter noch gelten.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist im Rahmen der Altersversorgung von den verschiedenen Bundesregierungen seit 1957 mit gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben belastet worden, z.B. Rentenanteile, soweit sie Kriegsfolgelasten sind. Der dafür zur Rentenversicherung geleistete Bundeszuschuss deckt diese Leistungen nicht ab. Dies gilt sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart (Fehlbetrag ca. 362 Mrd. Euro seit 1957, ca. 12 Mrd. Euro allein im Jahr 2001). Von der Politik werden also für, von ihr beschlossene gesellschaftspolitische Leistungen, die nicht Zweck einer Rentenversicherung sein können und aus Steuern finanziert werden müssten, aus Mitteln der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert. Diese Zweckentfremdung wird noch dadurch erleichtert, dass die Politik als schlechter Treuhänder keine Transparenz der Einnahmen und Ausgaben schafft. Aus Sicht der ADG liegt hier nicht ein Konflikt zwischen jung und alt, sondern eine gigantische Umverteilung von unten nach oben vor.

Ungleichbehandlung der Altersversorgungssysteme

Abwehr gegen die Veränderungen von Besitzständen

Ziele

Die gesetzliche Rentenversicherung wird gegenüber anderen Formen der Alterssicherung, wie der privaten Vorsorge, der Altersversorgung von Beamten und Politikern sowie berufsständischen Altersversorgungssystemen ungleich behandelt. Allein im Zeitraum von 1978 bis 2000 wurden die Rentenansprüche durch 23 Änderungen bereits um bis zu 40% gesenkt. Solange es in Politik und Medien als selbstverständlich angesehen wird, dass Gesellschaftspolitik (inklusive Wiedervereinigungsfolgen) auch mit Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung finanziert wird, solange wird dieser Trend in jeder der noch folgenden Reformen fortgesetzt werden.

Eingriffe in die Altersversorgungssysteme sind immer auch Eingriffe in Besitzstände. Klientelndenken der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen - insbesondere der Politiker selbst - drohen eine langfristig wirksame Reform zu verhindern. So folgt Reform auf Reform.

Das dadurch verspielte Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten in die gesetzliche Rentenversicherung kann nur durch eine langfristig angelegte und solide Finanzierung wieder erworben werden.

Konzept der ADG

Die ADG stellt deshalb selbst ein Konzept vor, das deutlicher auf die Belange der Beitragszahler eingeht, als dies zur Zeit in der politischen Diskussion geschieht.

Ziel der Vorschläge der ADG zur Rentenstrukturreform ist ein langfristig stabiles, rechtssicheres und bezahlbares Rentenversicherungssystem, das den Menschen auch künftig im Alter einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, ein durchschaubares System, das für die Beitragszahler die Möglichkeit bietet, die eigene Altersvorsorge schon in jungen Jahren zu planen.

Mittelfristig wirksame Maßnahmen

Einige der von der ADG vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen Regelungen, die dem gesetzlichen Rückwirkungsverbot unterliegen. Diese Maßnahmen könnten also erst mittelfristig wirksam werden. Umso wichtiger ist es,